

## **Mögliche Maßnahmen in der aktuellen Flüchtlingskrise 2016 nach dem 18. März**

Dieses Kapitel ergänzt das Buch ‚Flüchtlingskrisen – Wir können sie beenden‘. Diese Ergänzung steht allen kostenfrei zur Verfügung.

### **Unterbringung und Verwaltung der Flüchtlinge**

Durch den massiven Ansturm von Flüchtlingen in sehr kurzer Zeit gibt es erhebliche Probleme bei der Unterbringung der Menschen und bei der verwaltungstechnischen Bearbeitung der Einzelfälle. Sämtliche Einheiten der Exekutive sind restlos überfordert. Die Lösung bei der Unterbringung bedarf deshalb des Einsatzes aller Möglichkeiten: Unterbringung in Heimen, in Wohnungen, leerstehenden Kasernen und sonstigen Gebäuden über die europäischen Länder verteilt. Bisher funktioniert das nur leidlich.

### **Zusätzlich spezielle Flüchtlingsstädte mit exterritorialem Status?**

Darüber hinaus muss geprüft werden, ob die EU-Verwaltung Gelände pachtet, auf dem spezielle Flüchtlingsstädte errichtet werden. Wichtig wäre, dass die Errichtung und anschließende Verwaltung dieser Städte durch die Flüchtlinge in Selbstorganisation durchgeführt wird. Es muss deutlich werden, dass die EU keine Vollversorgung in Dienstleistung erbringt.

Diskutiert werden muss, ob diese Städte teilweise exterritorial gegenüber den EU-Staaten geführt werden. Damit wäre die Freizügigkeit eingeschränkt. Der Vorteil dieser Maßnahme wäre, dass die Flüchtlinge sich während des Aufenthaltes dort gegenüber der anderen Bevölkerung in einem geschützten Raum befinden. Wegen der Vorfälle mit Brandanschlägen ist dies notwendig.

Während des Aufenthaltes dort müssen sie arbeiten können. Firmen ist deshalb die Möglichkeit zu bieten, dort Nebenstellen mit Büros und Produktionsstätten einzurichten. Das Lohnniveau dort darf nicht das Lohnniveau des Staates unterschreiten, in dem das Flüchtlingsterritorium liegt. Außerdem können sich die Menschen dort entscheiden, ob sie in ein EU-Land einwandern wollen und entsprechende Vorbereitungen treffen: Sprachkurse, Arbeitsanpassungskurse, Rechtskurse usw.. Wenn sie zu einem späteren Zeitpunkt lieber bei Befriedung ihres Heimatlandes dorthin zurückkehren möchten, sind Integrationsanstrengungen nicht notwendig. Für aufnehmende EU-Staaten ergibt sich der Vorteil, dass nur Menschen ins Land kommen, die sich bereits intensiv mit der Einwanderung befasst haben.

Die Frage, wo solche Städte errichtet werden könnten, kann folgendermaßen gelöst werden: Da der Etat der gesamten EU mit der Pacht belastet wird, haben alle Mitgliedsstaaten einzuzahlen. Das betreffende Land, wo so eine Stadt errichtet wird, erhält die Pacht. Die einzelnen EU-Länder können sich bewerben, so einen Standort zu erhalten. Vorteilhaft könnte es für Länder sein, die einen hohen Schuldenstand haben und über leerstehende Regionen verfügen. Von den mehreren tausend griechischen Inseln ist nur ein Bruchteil bewohnt.

### **Kosten für Flüchtlingsmaßnahmen**

Die EU und die Staaten der EU müssten aus Gründen der Verantwortung gegenüber der eigenen Bevölkerung der Frage nachgehen, ob sie die aufgewendeten Kosten für die Flüchtlinge bei den Verursachern des Flüchtlingsstroms wieder eintreiben können. Dem Grunde nach sind die Staaten, aus denen die Flüchtlinge kommen, für die Kosten verantwortlich. Vollkommen klar ist, dass die Zahlung auf Schwierigkeiten stoßen wird.

Trotzdem ist es wichtig, dass die aufnehmenden Staaten und die EU die Forderungen erst einmal aufstellen. Ehrenamtliche Helferstunden sind mit dem im Land geltenden Mindestlohn anzusetzen. Man kann nicht unendlich auf die Gutwilligkeit der Helfer hoffen. Den ehrenamtlichen Helfern müsste angeboten werden, dass diese Beträge zum Beispiel in eine persönliche Pflegezusatzversicherung einfließen. Eine andere Möglichkeit wäre, sie den Rentenbeiträgen zuzuschlagen. Solche Maßnahmen würden helfen, den sozialen Frieden in den aufnehmenden Ländern zu sichern.

Geklärt werden müsste, wie man die Forderung an die Staaten, aus denen die Flüchtlinge kommen, im Staatshaushalt führt.

### **Infekte und Krankheiten**

Massiv geschürt wurde die Angst vor Krankheiten, die angeblich durch die Flüchtlinge eingeschleppt würden, durch den Vorsitzenden der polnischen Regierungspartei PIS Herrn Kaczyński. Was bleibt bei realistischer Betrachtung davon übrig? Welche Krankheiten sind nachweislich mitgebracht worden? Bei der Erstaufnahme in Deutschland z.B. gibt es immer eine Gesundheitsuntersuchung. Was ist mit dem Herkunftsland? Gab es Hinweise für gesundheitliche Vorsichtsmaßnahmen vom Auswärtigen Amt für Reisen in das Herkunftsland vor Ausbruch der kriegerischen Auseinandersetzungen? Allein auf Mutmaßungen und Gerüchte kann man hier keine Maßnahmen aufbauen.

Spezialisten mit DNA-Scannern sind gefragt, die hier wissenschaftliche Basisdaten liefern. Diffuse Behauptungen sind nur dazu gut, um die Bevölkerung zu verunsichern. Damit wird ausschließlich der Ruf nach einfachen Lösungen gestärkt. Einfache Lösungen sind nicht zu haben.

### **Probleme durch gesellschaftliches Fehlverhalten von Flüchtlingen und Befürchtungen von Bürgern**

Hier gibt es Grenzbereiche, die geklärt werden müssen. An tatsächlichen Vorfällen will ich darstellen, was gemeint ist.

Drei junge Männer ausländischer Herkunft schlendern auf dem Fußweg entlang. Vermutet wird, dass es arabisch ist. Eine Dame, die ihnen folgt und gern vorbei möchte, bittet darum, Platz zu machen. Die Männer hören einfach nicht hin und sie wechselt die Straßenseite, um vorbeizukommen. Die Männer drehen sich um und spucken aus.

Bei einer juristischen Betrachtung kann man zum Schluss kommen, dass es sich um Nötigung handelt, weil nicht Platz gemacht wurde. Das Ausspucken dürfte juristisch schwer erfassbar sein. Es ist einfach ungehörig.

Der Grund für das Verhalten liegt darin, dass das richtige Verhalten gegenüber Frauen nicht trainiert wurde. In Deutschland kennen wir das auch schon von anderen Einwanderungsgruppen, zum Beispiel aus dem östlichen Europa. Mit der Zeit passen sich diese Gruppen zum großen Teil unseren Gepflogenheiten an, leider schaffen es nicht alle und das führt dann dazu, dass Aversionen bei der deutschen Bevölkerung aufgebaut werden.

Gelöst werden kann das nur durch Schulung der Zuwanderer und durch gegenseitiges Kennenlernen. Das funktioniert im ländlichen Bereich oft besser als in städtischen Gegenden.

Bei anderer Gelegenheit gehen zwei ältere Damen einen ruhigen Spazierweg am Rande der Bebauung an Feldern und Wiesen, den sie immer entlangwandern. Ihnen kommen ebenfalls drei junge Männer mit ausländischem Aussehen entgegen. Die Damen sind etwas ängstlich, die Männer gehen wortlos vorbei. Später berichten die Damen im Bekanntenkreis, dass man auch nicht mehr in den Feldern spazieren gehen kann. Juristisch ist das Verhalten der Männer nicht relevant.

Bei einer Schulung hätte man den Männern sagen können, dass sie solche Ängstlichkeit bei der deutschen Bevölkerung zerstreuen können, wenn sie einfach höflich ‚Guten Tag‘ sagen. So freundlich sind noch nicht einmal viele deutsche Zeitgenossen. Das Grußwort sollte ganz besonders im ländlichen Bereich selbstverständlich sein.

Es gibt noch viele andere Beispiele. Der Ungehorsam bzw. die Ungebührlichkeit gegenüber Lehrerinnen, Polizistinnen und Frauen in der Verwaltung verhärtet die Meinung der Deutschen vollkommen unnötig. Das müsste nicht sein.

Auf der anderen Seite gibt es eine ganze Reihe Deutsche, die gegenüber den Zuwanderern von vornherein unfreundlich sind – nicht nur und nicht so extrem wie in einigen Gemeinden der östlichen Bundesländer. Auch das muss nicht sein.

Unverständnis gegenüber den vielen komplizierten Verwaltungsvorschriften zeigen nicht nur Zuwanderer sondern auch viele Deutsche. Das ist mir in meiner Praxis als Mitglied des Kreisrechtsausschusses klar geworden. Es gibt da nicht nur sinnvolle Regelungen sondern oft auch vollkommen Unsinniges und Umständliches. Auch ehrenamtliche Helfer treibt die Bürokratie oft in die Verzweiflung und in vollkommen unnötige Kosten.

Wieder eine andere Geschichte ist die Anspruchshaltung mancher Zuwanderer. Alle haben sofort in Aktion zu treten. Das geht überhaupt nicht, so lange keine Lebensgefahr besteht.

Es gibt auch noch das Beispiel von drei jungen Männern, die bei einer älteren Dame im Haus untergekommen sind. Seitdem sind Haus und Garten tipptopp in Ordnung und es funktioniert alles wie am Schnürchen. Die Dame hilft ihnen im Gegenzug bei Anträgen und dem Umgang mit Behörden, Läden usw.. Da stimmt eben die Chemie, wie man so schön sagt, und beide Seiten wissen, was sie voneinander haben. Die haben begriffen, dass es allen besser geht, wenn sie sich auf Augenhöhe begegnen. Die Integrationschancen der drei jungen Männer sind ungleich besser als bei vielen anderen Zuwanderern.

Auf keinen Fall soll man vom Verhalten eines einzelnen auf alle anderen schließen. Es gibt äußerst kooperative Zuwanderer/innen, Verwaltungsmitarbeiter/innen und viele andere. Sie fallen nicht auf, weil einfach alles funktioniert. Was auffällt, sind die Unwilligen und Unhöflichen auf beiden Seiten. Und da wird sowohl von der einen wie von der anderen Seite gern pauschal auf alle anderen geschlossen.

- Viele Unstimmigkeiten sind allein darauf zurückzuführen, dass in so kurzer Zeit so viele Zuwanderer kamen. Die überaus großzügige Handhabung bei der Einreise muss als Ausnahmezustand betrachtet werden. Im Wesentlichen ist dies zwei Umständen geschuldet: Ein fehlendes Einwanderungsgesetz für die EU und ihre Mitgliedsstaaten mit ganz eindeutigen Regelungen. So ein Gesetz muss in allen Sprachen der Welt im Internet verfügbar sein. Allein so ein Gesetz hätte viele davon abgehalten, sich auf den Weg zu machen. Schlepper hätten es wesentlich schwieriger gehabt, den Leuten irgendwelche utopischen Märchen zu erzählen.

- Die Unterfinanzierung des UNHCR und damit verbundene Kürzung der täglichen Gelder pro Flüchtling in den Flüchtlingslagern rund um Syrien auf die Hälfte. Wenn zum Elend in den Lagern auch noch Hunger kommt, geht selbstverständlich alles auf die Flucht. Die Ausstattung des UNHCR mit genügend Mitteln hätte uns vor einem großen Teil der Situation bewahren können, zumindest vor dem massiven Ansturm in so kurzer Zeit.

### **Internationale Flüchtlingssituation Ende März 2016**

Neue Fluchtursachen werden sichtbar. In Südostasien gibt es massiven Wassermangel in Thailand und Vietnam durch El Nino und den Klimawandel. Die tägliche Wasserversorgung muss über große Strecken organisiert werden. Die Landwirtschaftsministerien überlegen einen Wechsel vom wasserintensiven Reisanbau zu anderen Agrarformen.

Bereits vor einiger Zeit kamen mehrere Berichte aus Nordafrika, besonders aus Äthiopien, dass die Lage wegen der Trockenheit ab April schwierig wird. Auch das ist ein weiterer Grund für Flucht.

Wenn Europäer sagen, hier handelt es sich in diesen Fällen um Flucht aus wirtschaftlichen Gründen, verkennen sie die Situation. Die verantwortlichen Regierungen sind überfordert. Die Menschen müssen verhungern, wenn die Welt sie nicht ernährt.

Die EU versucht die Flüchtlingssituation in den Griff zu bekommen, indem sie zuerst einmal den Schleusern das Handwerk legen will. Man wird sehen, ob es in der Praxis funktioniert, die über die Ägäis ankommenden Menschen in die Türkei zurück zu bringen und damit die Nachfrage nach diesem Seeweg auf nahezu Null zu bringen. Europas Küsten sind lang. Es wird schwieriger, nach Europa hineinzukommen. Aber unmöglich wird es nicht.

Auch das Kernproblem der internen Diskussion in der EU ist ungelöst.